

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf., Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebhardt. Verantwortlich für den Heftanteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeilage und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. VI.: 280. Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 173

Freitag, den 28. Juli 1939

91. Jahrgang

## Bontott ohne Unterlaß

Die Vernichtungsaktion gegen die Deutschen im Korridorgebiet

Bei der Vernichtungsaktion des Bolentums gegen die Deutschen im Korridorgebiet müssen die Bontottmaßnahmen mit an erster Stelle genannt werden. In Culm und Schwey werden in letzter Zeit Bontottlisten verbreitet, auf denen die deutschen Geschäfte in diesen beiden Städten vermerkt sind. Unter den angeführten Namen steht die Aufforderung: Kaufe nicht bei den Fremden! Kaufe nicht bei den Feinden! Mitte Juli traten die Arbeiter der Bacon-Fabrik in Strassburg in einen Streik, um die Entlassung der polnischen Arbeiter zu erzwingen. Als die Leitung dieser Fabrik, die sich in deutschen Händen befindet, sich weigerte, dieser Forderung nachzukommen, wurde die geforderte Entlassung von acht polnischen Arbeitern durch den Arbeitsinspektor der Woiwodschaft in Thorn durchgeführt. Unter den wenigen polnischen Gastwirten, die bisher noch in der Lage waren, ihren Betrieb weiterzuführen, ist nun auch dem Gastwirt Erich Dehle in Weisshöhe, Kreis Wirsch, ohne planmäßigen Grund der Schankkonzens entzogen worden.

### Täglich neue Opfer des Spiegelsystems

Das Spiegelsystem gegen Volksdeutsche in Polen fordert fast täglich neue Opfer. Die harnuloisesten Neuierungen aus deutschem Munde werden übertrieben, verdreht, wenn nicht gar frei erfunden und zum Gegenstand einer Auflage gemacht. So wurde jetzt der Volksdeutsche Ferdinand Gogolin aus Nowalewo wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Volksdeutsche Hans Wichert aus Dolne Wymiaru, Kreis Culm, wurde wegen angeblicher Verbreitung falscher Nachrichten verhaftet. Das Bürgergericht in Rogasen verurteilte den Volksdeutschen Ebermann aus Mienawitz aus demselben Grunde zu einem Jahr Gefängnis und 50 Tloty Geldstrafe. Solche Urteile werden noch durch planmäßige Terroraktionen besonders unterstrichen.

### So sorgen sie für „ihre“ Weichsel

Die Veranbarung der Weichsel, eine Folge der ständigen Vernachlässigung seitens der Polen, wird im Unterlauf des Flusses auf polnischem Gebiet immer größer. Mehrere große Sandbänke bilden eine ständige Gefahr für die Schifffahrt. So geriet auch der polnische Passagierdampfer „Carmen“ auf der Fahrt von Dirschau weichselabwärts in der Nähe der polnisch-danziger Grenze auf eine Sandbank und konnte erst nach sechsständiger schwerer Arbeit mit Hilfe von zwei weiteren Dampfern flottgemacht werden.

### Ausgerechnet Polen schützt Hygiene vor

Erholungsbedürftige deutsche Kinder als Opfer polnischer Hasses — Ferienkolonien behördlich geschlossen. Die „Deutsche Rundschau“ meldet unter der Überschrift „Ferienkolonien für deutsche Kinder geschlossen“: „Der deutsche Wohlfahrtsdienst in Polen hat für besonders erholungsbedürftige deutsche Kinder unbemitteltester Eltern Ferienkolonien in Kinderheimen eingerichtet, die von Anfang Juli bis Ende August vor allem den Kindern der Großstädte Sonne, Luft und gute Kost unter bester Aufsicht und bei heiterem Spiel vermitteln sollen. Jetzt wurden mitten in der Ferienzeit diese Kinderheime geschlossen, nachdem der Kreisarzt festgestellt hatte, daß sie den „sanitären Ansprüchen nicht genügen“. Die deutschen Kinderwohlfahrtsheime in Hirschdorf bei Mochin und in Zinsdorf, Kreis Znin wurden geschlossen. Als Abschiedsgruß wurden in Zinsdorf mehrere Scheiben eingeworfen. Außerdem wurden zwei Pfosten am Kirchengrundstück in Zinsdorf mit Teer beschmiert.“

## Aufrüstung gefährdet Staatshaushalt

Bemerkenswerte Eingeständnisse Chamberlains

Das Unterhaus beschäftigte sich am Donnerstag mit der für die Regierung sehr peinlichen Frage der Alterspensionen, die, wie auch von Regierungsanhängern kaum bestritten wird, völlig unzureichend sind und infolgedessen einen sehr wunden Punkt für die Regierung darstellen. Der Labour-Abgeordnete Greenwood brachte einen Antrag des Inhalts ein, daß das Haus bedauere, daß die Regierung sich weigere, Mittel und Wege für eine bessere Zuteilung und Erhöhung der Alterspensionen zu suchen.

### Auswanderung wird bestraft

Die täglichen Verfolgungen und Unterdrückungen Volksdeutscher in Polen nehmen mehr und mehr zu. Mit einem Zynismus ohnegleichen und blindwütigen Haß verurteilt man ohne Grund Volksdeutsche zu schweren Freiheitsstrafen, vernichtet man Gärten, schließt man Geschäfte und treibt die polnischen Bauern von der Scholle. Suchen dann diese gequälten Menschen über die Grenze ins Deutsche Reich zu gelangen, so macht man ihnen noch den Prozeß wegen ihrer Abwanderung.

So wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe der Jungdeutschen Partei in Karwinbruch im Seekreise, Ernst Nihan, sowie die beiden Volksdeutschen Richard Teske aus Slawosohn und Arno Wischer aus Karwin wegen Begünstigung von Auswanderung von Deutschen verhaftet. Aus dem gleichen Grunde verurteilte das Bezirksgericht in Graudenz den Volksdeutschen Martin zu neun Monaten Haft. Die Volksdeutschen Reich, Kopp, Dominant, Heinz und Traute Brandt, die mit Martin zusammen verhaftet worden waren, wurden zu drei Monaten Haft verurteilt. Zu zehn Monaten Gefängnis wurde der Arbeiter Rudolf Seemann vom Lodzer Bezirksgericht verurteilt, weil er angeblich antipolnische Meinungen gemacht haben soll. Der Deutsche Hermann Herzog aus Molitz erhielt drei Monate Arrest wegen Beleidigung des polnischen Volkes.

### So schädigt sich Polen selbst!

Es kommt in Polen nicht darauf an, wenn bei solchen Maßnahmen das eigene Volk geschädigt wird, was der Fall sein muß, wenn der Vorstand der Sozialversicherung in Warschau beschließt, sich mit einem Appell an die Verze zu wenden, damit sie deutsche Heilmittel nicht mehr verwenden.

Mit diesen Aufzählungen sind die neuesten Schandakten der Polen gegen Deutsche noch nicht erschöpft. Der polnische Haß gegen alles Deutsche, der durch die Presse und die polnischen Organisationen systematisch geführt wird, macht auch vor den Kirchen nicht halt. Die Fensterheiden der deutschen Kirchen werden eingeschlagen, die um die Kirchen gepflanzten Bäume umgerochen, polnische Pfarrer erhalten anonyme Drohschreiben, so der Pfarrer Claus Riste in Lawki, Kreis Strassburg, mit dem Inhalt: „Sie werden aufgefressen, mitamt ihren Volksgenossen Polen innerhalb 14 Tagen zu verlassen, andernfalls die Vollstreckung der Todesurteile erfolgt.“ In der evangelischen Kirche haben polnische Arbeiter die Glocke aus dem Turm entfernt, ohne davon die kirchlichen Behörden zu benachrichtigen.

### Ueberrfälle und Mißhandlungen

Ueberrfälle auf Volksdeutsche sind an der Tagesordnung. Friedrich Majer aus Zaworze (Kreis Briesen) wurde in Sotocz von zwei Polen überfallen und schwer mißhandelt. In einer Gastwirtschaft in Szanomin (Kreis Hohenalza) wurde der Volksdeutsche Rudolf Müller von einem Polen mit der Pistole bedroht und ihm dabei zugerufen: So muß es allen Deutschen ergehen. Diese Fälle, die sich im Zeitraum von wenigen Tagen abspielten, sind nur ein Beispiel des systematisch gegen die Deutschen durchgeführten Terrors, der geradezu unerträglich geworden ist und für den alle diejenigen verantwortlich zu machen sind, die das polnische Volk mit größtmöglichen Hoffnungen erfüllten und in diesen grenzenlosen Deutschenhaß hineingehetzt haben.

Haus sich noch nicht völlig darüber klar ist, was uns bevorsteht. Ich will mich nicht in Prophezeiungen über die endgültigen Unterhaltungskosten ergehen, da wir uns noch mitten im Aufbau des Programms befinden, dessen Ende niemand absehen kann.“ Er müsse das Haus allen Ernstes bitten, sich die Frage vorzulegen — wo man trotz der hohen Steuern in diesem Jahre nur 250 Millionen Pfund Rüstungsausgaben aus Steuern habe decken können — wie man in Zukunft zur Finanzierung eines Betrages, der vielleicht zwischen 100 und 200 Millionen liege, zusätzliche Summen aufstreifen wolle. Aus diesen Erwägungen komme er zu dem Schluß, daß das Land sich im Augenblick einen Pensionsplan, wie die Labour-Party ihn vorhabe, nicht leisten könne.

### Scharfe Maßnahmen gegen Bombenattentate

Im Unterhaus erklärte Ministerpräsident Chamberlain zu den letzten Bombenattentaten, daß man nichts unterlassen werde, um die Schuldigen dem Richter zuzuführen. Gleichzeitig gab er bekannt, daß das sogenannte Anti-Fren-Gesetz zur Unterzeichnung durch den König fertiggestellt sein solle.

### Heikle Fragen vor dem Unterhaus

Chamberlain spricht über Moskau und Fernost. Im Unterhaus wird am Montag auf Antrag der Liberalen eine außenpolitische Aussprache stattfinden, bei der die Moskauer Verhandlungen und die britische Ostasienpolitik im Lichte des Tokioter Abkommens zur Erörterung stehen. Man rechnet damit, daß Ministerpräsident Chamberlain Erklärungen über diese beiden heikelsten Fragen der britischen Außenpolitik abgeben wird.

Der Optimismus, der dieser Lage in den Londoner Blättern über die Moskauer Verhandlungen zur Schau getragen wurde, ist neuerdings wieder stark gedämpft. Ein großer Teil der Blätter, unter ihnen die „Times“, vermeiden es, die Frage überhaupt zu erwähnen, während die Oppositionsblätter weiter an dem Glauben festhalten, daß die Dinge sich „endgültig zum Besseren“ gewandt haben, weil England und Frankreich sich jetzt entschlossen hätten, Militärmissionen nach Moskau zu entsenden. „News Chronicle“ erklärt in diesem Zusammenhang, in britischen Regierungskreisen sei man sehr optimistisch gewesen, nicht aber in sowjetrussischen Kreisen. Auch der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ meint, in Anbetracht der „langen Dauer der Verhandlungen“ sei es ratsam, keine genauen Zeitpunkte mehr vorauszusagen. Eine ähnlich abwartende Stellung nimmt man auch in Paris ein. Die offizielle Agentur Havas warnt jedenfalls vor übereilten Nachrichten über den Abschluß eines Abkommens.

### England in großer Erregung

Fünf Bombenattentate in zwölf Stunden. Innerhalb von zwölf Stunden haben sich in England nicht weniger als fünf Bombenattentate ereignet, die in der Densität größte Erregung hervorriefen. Nach den beiden Anschlüssen auf die Londoner Bahnhöfe Kings-Cross-Station und Victoria-Station, die ein Todesopfer forderten und rund zwanzig Menschen verletzten, wurden von den „Frau“-Männern in Liverpool wiederum drei Attentate verübt. Eine Drehbrücke über den Kanal eines Vorortes von Liverpool wurde von einer Bombe gesprengt. Die Trümmer der Brücke fielen in den Kanal, so daß der gesamte Schlepplahnverkehr unterbrochen werden mußte. Durch eine andere Bombe wurden kurz darauf die Vorderfront und große Teile der Inneneinrichtung eines Postamts im Zentrum völlig zerstört. Schließlich explodierte eine dritte Bombe in einem Park. Personen wurden durch diese drei Explosionen nicht verletzt.

Als die Attentate in den Londoner Bahnhöfen im Unterhaus bekannt wurden, verlangten die Abgeordneten, daß die Beratungen über das sogenannte F.A.-Terror-Gesetz beschleunigt werden sollten. Tatsächlich wurde die Vorlage auch in der Refordzeit von fünf Minuten verabschiedet und auf eine zusätzliche Lesung verzichtet. Das Gesetz wird also am Freitag zum Oberhaus gehen und dann vom König unterzeichnet werden. Auch in der gesamten Londoner Presse werden die Attentate mit der größten Empörung verzeichnet.

Der irische Ministerpräsident de Valera verurteilte im Dubliner Senat die Terrorakte. Er wies dabei aber auch auf die Gründe zu diesen Verzweiflungsakten hin und erklärte: „Wir trennen beide Seiten. Wir wissen, welches Unrecht

Ministerpräsident Chamberlain spielte gegenüber diesem Antrag den stärksten Trumpf aus, den die Regierung in der Hand hat. Seine Antwort warf aber gleichzeitig ein großes Licht auf die durch die Aufrüstung bedingten Finanzsorgen der Regierung. Chamberlain teilte nämlich mit, daß von den 750 Millionen Pfund, die in diesem Jahre für Rüstungszwecke auszugeben werden, nur 250 Millionen Pfund durch laufende Steuereinnahmen gedeckt würden. (1) „Ich höre das Gefühl“, so sagte Chamberlain, „daß das

